Datenschutzinformationen gem. Art. 13 DSGVO (Kommunikationsportal „KliLu+“ für teilnehmende Ärztinnen und Ärzte sowie medizinische Einrichtungen)
Merkblatt

Klinikum Ludwigshafen

Datenschutzinformationen zur Nutzung des klinischen Kommunikationsportals „KliLu+“ für teilnehmende Ärztinnen und Ärzte sowie medizinische Einrichtungen

Präambel

Die Klinikum der Stadt Ludwigshafen am Rhein gGmbH (KliLu) stellt mit dem digitalen Kommunikationsportal „KliLu+“ eine sichere und effiziente Möglichkeit zur elektronischen Übermittlung medizinischer Informationen, Dokumente und organisatorischer Daten bereit. Dabei werden personenbezogene Daten verschiedener beteiligter Personen verarbeitet. Für die technische Bereitstellung und den Betrieb von KliLu+ können Dienstleister eingesetzt werden. Soweit diese personenbezogene Daten ausschließlich im Auftrag und nach Weisung der KliLu verarbeiten, erfolgt dies auf Grundlage einer Vereinbarung zur Auftragsverarbeitung gemäß Art. 28 DSGVO. Die Dienstleister handeln dabei als weisungsgebundene Auftragsverarbeiter und erhalten nur den für ihre Aufgaben erforderlichen Zugriff. Die datenschutzrechtliche Verantwortlichkeit richtet sich nach der konkreten Verarbeitung und Nutzung. Verantwortlicher gemäß Art. 4 Nr. 7 DSGVO ist die Stelle, die über Zwecke und Mittel der Verarbeitung entscheidet. Sofern KliLu und weitere Beteiligte gemeinsam über Zwecke und Mittel einer Verarbeitung entscheiden und damit eine gemeinsame Verantwortlichkeit gemäß Art. 26 DSGVO besteht, wird hierfür eine gesonderte Vereinbarung über die gemeinsame Verantwortlichkeit geschlossen. Die darin geregelten Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten entsprechen den unter Nr. 6 „Vereinbarung über die gemeinsame Verantwortlichkeit gemäß Art. 26 DSGVO“ dargestellten Grundsätzen.

1. Verantwortlicher und Datenschutzbeauftragter

Die datenschutzrechtliche Verantwortlichkeit für die Verarbeitung personenbezogener Daten im Zusammenhang mit der Nutzung des Klinischen Kommunikationsportals „KliLu+“ richtet sich nach den jeweiligen Verarbeitungsvorgängen und den tatsächlichen Zuständigkeiten der beteiligten Stellen:

a) Klinikum der Stadt Ludwigshafen am Rhein gGmbH

Kaufmännischer Geschäftsführer: Herr Jan Stanslowski
Medizinische Geschäftsführerin: Frau Dr. Eefje Barber
Bremserstraße 79, 67063 Ludwigshafen
Telefon: 0621 503-2089, E-Mail: datenschutz@klilu.de

b) Datenschutzbeauftragter

Der Datenschutzbeauftragte der Klinikum der Stadt Ludwigshafen am Rhein gGmbH ist unter folgenden Kontaktdaten erreichbar:
Datenschutzbeauftragter der Klinikum der Stadt Ludwigshafen am Rhein gGmbH
Bremserstraße 79, 67063 Ludwigshafen
Telefon: 0621 503-2176, E-Mail: datenschutzbeauftragter@klilu.de

c) Datenschutzrechtliche Verantwortlichkeit bei der Nutzung des Kommunikationsportals „KliLu+“

Soweit teilnehmende Ärztinnen und Ärzte sowie medizinische Einrichtungen das Kommunikationsportal „KliLu+“ im Rahmen ihrer eigenen medizinischen Tätigkeit nutzen, können sie für die von ihnen veranlassten Verarbeitungsvorgänge personenbezogener Daten selbst Verantwortliche im Sinne des Art. 4 Nr. 7 DSGVO sein. Dies gilt insbesondere, soweit sie eigenständig über die Zwecke und Mittel der jeweiligen Verarbeitung entscheiden. Ob im Einzelfall eine gemeinsame Verantwortlichkeit mit der Klinikum der Stadt Ludwigshafen am Rhein gGmbH gemäß Art. 26 DSGVO besteht oder die jeweiligen Beteiligten für ihre eigenen Verarbeitungsvorgänge eigenständig Verantwortliche sind, richtet sich nach der konkreten Ausgestaltung der jeweiligen Datenverarbeitung. Maßgeblich ist insbesondere, wer über die Zwecke und wesentlichen Mittel der Verarbeitung entscheidet. Die Nutzung des Kommunikationsportals „KliLu+“ führt daher nicht allein zu einer gemeinsamen Verantwortlichkeit der Klinikum der Stadt Ludwigshafen am Rhein gGmbH und der teilnehmenden Ärztinnen und Ärzte bzw. medizinischen

Ersteller: Özdemir, Y. (Datenschutz, Recht & Compliance), Version: 2.0, Datum: 08.10.2026

Einrichtungen. Vielmehr ist für jeden konkreten Verarbeitungsvorgang gesondert zu bestimmen, welche Stelle datenschutzrechtlich verantwortlich ist und ob gegebenenfalls eine gemeinsame Verantwortlichkeit im Sinne des Art. 26 DSGVO vorliegt. Soweit teilnehmende Ärztinnen und Ärzte oder medizinische Einrichtungen personenbezogene Daten im Rahmen ihrer eigenen medizinischen Tätigkeit und zu eigenen Zwecken verarbeiten, sind sie für diese Verarbeitungsvorgänge grundsätzlich selbst Verantwortliche im Sinne des Art. 4 Nr. 7 DSGVO.

2. Datenverarbeitung bei der Nutzung des klinischen Kommunikationsportals „KliLu+“ und der Dokumentenübermittlung

a) Klinisches Kommunikationsportal „KliLu+“ und Dokumentenübermittlung

Über das Klinische Kommunikationsportal „KliLu+“ können teilnehmende Ärztinnen und Ärzte sowie medizinische Einrichtungen medizinische Zuweisungen vornehmen und behandlungsbezogene Informationen und Dokumente elektronisch an das Klinikum der Stadt Ludwigshafen am Rhein gGmbH übermitteln. Hierzu können insbesondere Angaben zur Behandlungshistorie, zur gesundheitlichen Verfassung und zur Vorsorge sowie weitere für die Vorbereitung und Durchführung einer Behandlung erforderliche Informationen gehören.
Aus technischen Gründen werden bei der Nutzung des Portals über das Internet bestimmte Informationen verarbeitet, die für die Bereitstellung, Sicherheit und technische Funktionsfähigkeit des Angebots erforderlich sind. Hierzu können insbesondere Datum und Uhrzeit des Zugriffs, Informationen zum verwendeten Endgerät und Betriebssystem, technische Verbindungsdaten sowie die übertragene Datenmenge gehören. Die Nutzung des Kommunikationsportals kann, soweit die jeweilige Funktion dies ermöglicht, ohne Registrierung als Gast erfolgen. Für bestimmte Funktionen kann jedoch eine Anmeldung oder eine anderweitige Identifizierung erforderlich sein.

b) Übermittlung personenbezogener Daten über das Kommunikationsportal

Personenbezogene Daten werden insbesondere verarbeitet, wenn Sie über das Kommunikationsportal eine medizinische Zuweisung, eine Terminanfrage oder eine Terminbuchung vornehmen oder behandlungsbezogene Dokumente übermitteln. Welche Daten im Einzelfall verarbeitet werden, hängt von der genutzten Funktion und den von Ihnen übermittelten Informationen ab.

c) Umfang der verarbeiteten personenbezogenen Daten

Im Rahmen der Nutzung des Kommunikationsportals „KliLu+“ können – abhängig vom jeweiligen Vorgang – insbesondere folgende Daten verarbeitet werden:

- **Stammdaten:** Vor- und Nachname, Geburtsdatum sowie gegebenenfalls weitere zur Identifizierung erforderliche Angaben;
- **Kontaktdaten:** E-Mail-Adresse, Telefonnummer, Anschrift und weitere erforderliche Kontaktinformationen;
- **Organisations- und Aufnahmedaten:** Angaben zu Zuweisungen, Terminanfragen und Terminbuchungen sowie weitere Informationen zur Vorbereitung und Durchführung der Patientenaufnahme;
- **Versicherungs- und Verwaltungsdaten:** Angaben zur Krankenversicherung und weitere für die Patientenverwaltung erforderliche Informationen;
- **Gesundheitsdaten:** insbesondere Behandlungsaufträge, Diagnosen, Anamnesebögen, Arztbriefe, Röntgenbilder, Medikationspläne, Fragebögen, Checklisten und vergleichbare medizinische Unterlagen;
- **Technische Nutzungsdaten:** insbesondere Zeitpunkte des Zugriffs, technische Verbindungsdaten, Informationen zum verwendeten Endgerät und Betriebssystem sowie Daten, die zur Gewährleistung der IT-Sicherheit erforderlich sind.

Ersteller: Özdemir, Y. (Datenschutz, Recht & Compliance), Version: 2.0, Datum: 08.10.2026

Gesundheitsdaten und sonstige sensible Informationen werden nur insoweit verarbeitet, wie dies für den jeweiligen Zweck erforderlich ist und eine entsprechende datenschutzrechtliche Rechtsgrundlage besteht.

d) Nutzung von Kontaktdaten

Soweit Kontaktdaten im Rahmen der Nutzung von „KliLu+“ erhoben werden, können diese zur Kontaktaufnahme im Zusammenhang mit der Zuweisung, der Patientenaufnahme, der Terminorganisation und der weiteren Behandlung verwendet werden. Soweit vorgesehen und rechtlich zulässig, können die Kontaktdaten außerdem zur Übermittlung von Terminbestätigungen oder Terminerinnerungen genutzt werden.

e) Speicherung und Speicherorte

Die personenbezogenen Daten werden entsprechend den jeweiligen Verarbeitungszwecken, den gesetzlichen Aufbewahrungs- und Löschfristen sowie den geltenden datenschutzrechtlichen Anforderungen gespeichert und verarbeitet. Die Speicherung erfolgt grundsätzlich in den hierfür vorgesehenen IT-Systemen der Klinikum der Stadt Ludwigshafen am Rhein gGmbH oder in IT-Systemen der von ihr beauftragten Dienstleister, soweit diese als Auftragsverarbeiter gemäß Art. 28 DSGVO eingebunden sind. Soweit personenbezogene Daten in Rechenzentren innerhalb der Bundesrepublik Deutschland gespeichert oder verarbeitet werden, erfolgt dies unter Beachtung der geltenden datenschutzrechtlichen und technischen Anforderungen. Sofern eine Verarbeitung oder ein Zugriff aus einem Staat außerhalb der Europäischen Union bzw. des Europäischen Wirtschaftsraums erfolgt, werden die hierfür geltenden gesetzlichen Voraussetzungen, insbesondere die Anforderungen der Art. 44 ff. DSGVO, beachtet. Die konkreten Speicher- und Verarbeitungsorte sowie die gegebenenfalls bestehenden Zugriffsmöglichkeiten durch beauftragte Dienstleister richten sich nach der technischen und organisatorischen Ausgestaltung des jeweiligen digitalen Angebots. Soweit erforderlich, werden entsprechende technische und organisatorische Maßnahmen zum Schutz der personenbezogenen Daten getroffen.

f) Technische Betreuung und Dienstleister

Die technische Bereitstellung, Wartung und Betreuung des Kommunikationsportals „KliLu+“ sowie der darüber angebotenen Funktionen zur Dokumentenübermittlung kann durch die Klinikum der Stadt Ludwigshafen am Rhein gGmbH selbst oder durch hierfür beauftragte technische Dienstleister erfolgen. Soweit technische Dienstleister personenbezogene Daten im Auftrag der Klinikum der Stadt Ludwigshafen am Rhein gGmbH verarbeiten, werden sie auf Grundlage einer Vereinbarung zur Auftragsverarbeitung gemäß Art. 28 DSGVO eingebunden. Die Verarbeitung erfolgt dabei ausschließlich im Rahmen der vertraglich festgelegten Leistungen und nach Maßgabe der dokumentierten Weisungen der Klinikum der Stadt Ludwigshafen am Rhein gGmbH. Die beauftragten Dienstleister werden verpflichtet, geeignete technische und organisatorische Maßnahmen gemäß Art. 32 DSGVO zum Schutz der personenbezogenen Daten umzusetzen und die datenschutzrechtlichen Anforderungen einzuhalten. Die Klinikum der Stadt Ludwigshafen am Rhein gGmbH stellt im Rahmen ihrer gesetzlichen und vertraglichen Pflichten sicher, dass die Anforderungen an die Auftragsverarbeitung eingehalten und die hierfür erforderlichen Kontroll- und Überprüfungsrechte wahrgenommen werden.

3. Zwecke der Datenverarbeitung und Rechtsgrundlagen

Die Verarbeitung personenbezogener Daten über das Kommunikationsportal „KliLu+“ und der darüber angebotenen Funktionen zur Dokumentenübermittlung erfolgt insbesondere zu folgenden Zwecken:

- Durchführung und Bearbeitung medizinischer Zuweisungen;
- Vorbereitung, Organisation und Durchführung von Patientenaufnahmen und Behandlungen;
- Übermittlung und Bereitstellung behandlungsbezogener Informationen und Dokumente;

Ersteller: Özdemir, Y. (Datenschutz, Recht & Compliance), Version: 2.0, Datum: 08.10.2026

- Verwaltung von Patienten- und Termindaten;
- Kommunikation mit zuweisenden Ärztinnen und Ärzten sowie medizinischen Einrichtungen;
- Gewährleistung der technischen Funktionsfähigkeit und Sicherheit der eingesetzten Systeme.

Die Verarbeitung erfolgt auf Grundlage der jeweils einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen. Je nach Verarbeitungsvorgang kommen insbesondere Art. 6 Abs. 1 lit. b DSGVO zur Durchführung vorvertraglicher Maßnahmen oder eines Vertrags sowie Art. 6 Abs. 1 lit. c DSGVO zur Erfüllung rechtlicher Verpflichtungen in Betracht. Für die Verarbeitung von Gesundheitsdaten ist zusätzlich eine einschlägige Ausnahme nach Art. 9 Abs. 2 DSGVO erforderlich. Je nach konkretem Zweck können insbesondere Art. 9 Abs. 2 lit. h DSGVO in Verbindung mit den einschlägigen gesetzlichen Vorschriften des Gesundheits- und Behandlungsrechts oder andere im Einzelfall anwendbare Bestimmungen maßgeblich sein. Welche Rechtsgrundlage einschlägig ist, richtet sich nach dem jeweiligen Verarbeitungsvorgang und dem konkreten Zweck der Datenverarbeitung.

4. Speicherdauer

Personenbezogene Daten werden grundsätzlich nur so lange gespeichert, wie dies für die jeweiligen Verarbeitungszwecke erforderlich ist. Darüber hinaus können gesetzliche Aufbewahrungs- und Dokumentationspflichten einer Löschung entgegenstehen. Für die Speicherdauer können insbesondere die gesetzlichen Aufbewahrungs- und Verjährungsregelungen des Bürgerlichen Gesetzbuchs (BGB) maßgeblich sein. Soweit danach eine Aufbewahrung bzw. Speicherung von bis zu zehn Jahren erforderlich ist, werden die betreffenden Daten für diesen Zeitraum aufbewahrt. Darüber hinaus können sich je nach Art der Daten und des jeweiligen Verarbeitungsvorgangs längere oder abweichende Aufbewahrungspflichten insbesondere aus dem Sozialgesetzbuch (SGB), dem Handelsgesetzbuch (HGB), der Abgabenordnung (AO) sowie aus weiteren spezialgesetzlichen oder berufsrechtlichen Vorschriften ergeben. Zu berücksichtigen sind insbesondere auch die gesetzlichen Anforderungen an die Aufbewahrung von Patientenakten und medizinischen Dokumentationen. Werden über das Kommunikationsportal Daten im Vorfeld einer möglichen Behandlung übermittelt und kommt kein Behandlungsverhältnis zustande, werden diese Daten gelöscht, sobald sie für den jeweiligen Zweck nicht mehr erforderlich sind, sofern keine gesetzlichen Aufbewahrungspflichten, berechtigten Gründe für eine weitere Speicherung oder sonstigen rechtlichen Vorgaben einer Löschung entgegenstehen. Eine feste Löschfrist, beispielsweise 90 Tage nach der Übermittlung, gilt nur, wenn eine solche Frist für die betreffenden Datenarten und Systeme tatsächlich festgelegt und technisch umgesetzt ist. Kommt ein Behandlungsverhältnis zustande oder werden Daten im Rahmen der Patientenaufnahme verarbeitet, können die betreffenden Daten Bestandteil der Patientenakte oder anderer gesetzlich aufzubewahrender Unterlagen werden. In diesem Fall richtet sich die Speicherdauer nach den jeweils einschlägigen gesetzlichen und berufsrechtlichen Aufbewahrungs- und Dokumentationspflichten sowie den anwendbaren Lösch- und Aufbewahrungskonzepten des Klinikums. Nach Ablauf der jeweils maßgeblichen Speicher-, Aufbewahrungs- oder Verjährungsfristen werden die personenbezogenen Daten gelöscht, sofern keine andere rechtliche Grundlage für eine weitere Speicherung besteht. Soweit eine Löschung nicht möglich oder nicht erforderlich ist und dies rechtlich zulässig sowie technisch vorgesehen ist, können die Daten alternativ anonymisiert werden.

5. Betroffenenrechte

Im Zusammenhang mit der Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten bei der Nutzung des Klinischen Kommunikationsportals „KliLu+“ und der elektronischen Dokumentenübermittlung stehen Ihnen nach Maßgabe der gesetzlichen Voraussetzungen folgende Rechte zu:

Klinikum Ludwigshafen

a) Recht auf Auskunft / Einsichtnahme in die Behandlungsakte

Sie haben gemäß Art. 15 DSGVO das Recht, Auskunft darüber zu verlangen, ob personenbezogene Daten über Sie verarbeitet werden. Ist dies der Fall, können Sie insbesondere Auskunft über die verarbeiteten Daten, die Verarbeitungszwecke, die Empfänger oder Kategorien von Empfängern sowie die vorgesehene Speicherdauer verlangen.

Darüber hinaus haben Patientinnen und Patienten unabhängig nach § 630g BGB das Recht, auf Verlangen unverzüglich Einsicht in die vollständige, sie betreffende Behandlungsakte zu erhalten. Sie können zudem Abschriften der Behandlungsakte, einschließlich elektronischer Abschriften, verlangen. Das Einsichtsrecht kann unter den in § 630g Abs. 2 BGB genannten Voraussetzungen eingeschränkt sein, insbesondere soweit erhebliche therapeutische Gründe oder sonstige erhebliche Rechte Dritter entgegenstehen. Das Recht auf Einsichtnahme und Erhalt von Abschriften nach § 630g BGB besteht unabhängig von den datenschutzrechtlichen Betroffenenrechten nach der DSGVO. Es handelt sich um ein eigenständiges gesetzliches Recht der Patientinnen und Patienten auf Zugang zu ihrer Behandlungsakte. Die Geltendmachung dieses Rechts setzt daher nicht voraus, dass zugleich ein Auskunftsanspruch nach Art. 15 DSGVO geltend gemacht wird. Die datenschutzrechtlichen Rechte nach der DSGVO bleiben hiervon unberührt.

b) Recht auf Berichtigung

Sind die Sie betreffenden personenbezogenen Daten unrichtig oder unvollständig, können Sie gemäß Art. 16 DSGVO die Berichtigung unrichtiger Daten beziehungsweise die Vervollständigung unvollständiger Daten verlangen.

c) Recht auf Löschung

Sie können gemäß Art. 17 DSGVO unter den dort genannten Voraussetzungen die Löschung Ihrer personenbezogenen Daten verlangen. Das Recht auf Löschung besteht insbesondere dann, wenn die Daten für die Zwecke, für die sie erhoben oder verarbeitet wurden, nicht mehr erforderlich sind und keine gesetzlichen Aufbewahrungspflichten oder sonstigen rechtlichen Gründe einer Löschung entgegenstehen.

d) Recht auf Einschränkung der Verarbeitung

Unter den Voraussetzungen des Art. 18 DSGVO können Sie die Einschränkung der Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten verlangen. Dies kommt beispielsweise in Betracht, wenn Sie die Richtigkeit der Daten bestreiten oder die Verarbeitung unrechtmäßig ist und Sie statt der Löschung die Einschränkung der Nutzung verlangen.

e) Recht auf Datenübertragbarkeit

Soweit die Voraussetzungen des Art. 20 DSGVO erfüllt sind, haben Sie das Recht, die Sie betreffenden personenbezogenen Daten, die Sie einem Verantwortlichen bereitgestellt haben, in einem strukturierten, gängigen und maschinenlesbaren Format zu erhalten. Unter den gesetzlichen Voraussetzungen können Sie außerdem verlangen, dass diese Daten unmittelbar an einen anderen Verantwortlichen übermittelt werden.

f) Recht auf Widerspruch

Soweit die Verarbeitung auf Art. 6 Abs. 1 lit. e oder lit. f DSGVO beruht, haben Sie gemäß Art. 21 DSGVO das Recht, aus Gründen, die sich aus Ihrer besonderen Situation ergeben, jederzeit Widerspruch gegen die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten einzulegen. Im Falle eines berechtigten Widerspruchs werden die betreffenden Daten nicht weiterverarbeitet, sofern keine zwingenden schutzwürdigen Gründe für die Verarbeitung vorliegen, die Ihre Interessen, Rechte und Freiheiten überwiegen, oder die Verarbeitung der Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen dient.

Ersteller: Özdemir, Y. (Datenschutz, Recht & Compliance), Version: 2.0, Datum: 08.10.2026

Klinikum Ludwigshafen

g) Recht auf Beschwerde bei einer Datenschutzaufsichtsbehörde

Wenn Sie der Auffassung sind, dass die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten gegen datenschutzrechtliche Vorschriften verstößt, können Sie sich zunächst an unseren Datenschutzbeauftragten wenden. Dieser steht Ihnen für Fragen und Anliegen zum Datenschutz zur Verfügung.

Unabhängig davon haben Sie gemäß Art. 77 DSGVO das Recht, Beschwerde bei einer Datenschutzaufsichtsbehörde einzulegen. Das Beschwerderecht besteht insbesondere bei der Datenschutzaufsichtsbehörde des Mitgliedstaats Ihres Aufenthaltsorts, Ihres Arbeitsplatzes oder des Orts des mutmaßlichen Verstoßes. Sie können sich insbesondere an folgende zuständige Aufsichtsbehörde wenden:

Der Landesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit Rheinland-Pfalz
Hintere Bleiche 34, 55116 Mainz
Telefon: +49 (0) 6131 8920-0, Telefax: +49 (0) 6131 8920-299
E-Mail: poststelle@datenschutz.rlp.de, Website: https://www.datenschutz.rlp.de/

h) Recht auf Widerruf einer Einwilligung

Sofern eine Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten auf Ihrer Einwilligung oder berechtigten Interessen des Verantwortlichen beruht, können Sie diese Einwilligung jederzeit mit Wirkung für die Zukunft widerrufen. Die Rechtmäßigkeit der bis zum Widerruf auf Grundlage der Einwilligung erfolgten Verarbeitung bleibt hiervon unberührt. Die Ausübung Ihrer Rechte ist gegenüber dem jeweils datenschutzrechtlich Verantwortlichen möglich. Soweit für bestimmte Verarbeitungsvorgänge eine gemeinsame Verantwortlichkeit gemäß Art. 26 DSGVO besteht, können Sie Ihre Rechte auch gegenüber jedem der gemeinsam Verantwortlichen geltend machen. Anfragen und Anliegen zur Verarbeitung personenbezogener Daten werden im Rahmen der jeweiligen Zuständigkeiten bearbeitet; die Verantwortlichen unterstützen sich dabei erforderlichenfalls gegenseitig.

6. Vereinbarung über die gemeinsame Verantwortlichkeit gemäß Art. 26 DSGVO

Soweit die Klinikum der Stadt Ludwigshafen am Rhein gGmbH und weitere Verantwortliche im Sinne des Art. 4 Nr. 7 DSGVO gemeinsam über die Zwecke und Mittel bestimmter Verarbeitungsvorgänge entscheiden, liegt eine gemeinsame Verantwortlichkeit im Sinne des Art. 26 DSGVO vor. Die gemeinsam Verantwortlichen legen in diesem Fall in einer gesonderten Vereinbarung nach Art. 26 DSGVO transparent fest, wer von ihnen welche Verpflichtungen nach der DSGVO erfüllt. Die Vereinbarung regelt insbesondere die jeweiligen Zuständigkeiten für die Erfüllung der Informationspflichten nach Art. 13 und 14 DSGVO, die Wahrnehmung der Betroffenenrechte, die Gewährleistung der Sicherheit der Verarbeitung sowie den Umgang mit Datenschutzverletzungen und sonstige für die gemeinsame Verarbeitung relevante datenschutzrechtliche Pflichten.

a) Datenschutzrechtliche Zuständigkeiten der Beteiligten

- Die Klinikum der Stadt Ludwigshafen am Rhein gGmbH ist im Rahmen der von ihr verantworteten Verarbeitungsvorgänge insbesondere für die technische Bereitstellung und den Betrieb des Kommunikationsportals „KliLu+“, die elektronische Übermittlung von Dokumenten sowie die hierfür erforderlichen technischen Systeme und Kommunikationsabläufe verantwortlich.
- Die jeweiligen teilnehmenden Ärztinnen und Ärzte beziehungsweise medizinischen Einrichtungen sind im Rahmen ihrer eigenen Verantwortlichkeit insbesondere für die medizinische und administrative Weiterverarbeitung der über das Kommunikationsportal

Ersteller: Özdemir, Y. (Datenschutz, Recht & Compliance), Version: 2.0, Datum: 08.10.2026

übermittelten Daten in ihren patientenführenden Systemen verantwortlich, soweit sie über die Zwecke und Mittel dieser Verarbeitung selbst entscheiden.

- Soweit die Klinikum der Stadt Ludwigshafen am Rhein gGmbH die Zwecke und Mittel einer Verarbeitung allein bestimmt, erfolgt diese Verarbeitung in ihrer alleinigen datenschutzrechtlichen Verantwortlichkeit. Dies gilt insbesondere für Verarbeitungsvorgänge, die ausschließlich der Bereitstellung und dem Betrieb des Kommunikationsportals „KliLu+“ sowie der damit verbundenen Funktionen dienen.
- Soweit technische Dienstleister personenbezogene Daten ausschließlich im Auftrag und nach Weisung der Klinikum der Stadt Ludwigshafen am Rhein gGmbH verarbeiten, handelt es sich um Auftragsverarbeitungen im Sinne des Art. 28 DSGVO. Die betreffenden Dienstleister handeln insoweit als Auftragsverarbeiter und nicht als eigenständig Verantwortliche für die von ihnen im Auftrag durchgeführten Verarbeitungsvorgänge. Die jeweiligen Rechte und Pflichten werden durch eine Vereinbarung zur Auftragsverarbeitung gemäß Art. 28 DSGVO geregelt.
- Eine gemeinsame Verantwortlichkeit der Klinikum der Stadt Ludwigshafen am Rhein gGmbH mit weiteren Verantwortlichen besteht, wenn und soweit die Beteiligten gemeinsam über die Zwecke und Mittel der jeweiligen Verarbeitung entscheiden und damit die Voraussetzungen des Art. 26 DSGVO erfüllt sind. Die Einzelheiten der jeweiligen Zuständigkeiten werden in diesem Fall durch eine Vereinbarung gemäß Art. 26 DSGVO geregelt.
- Die datenschutzrechtliche Verantwortlichkeit ist für jeden konkreten Verarbeitungsvorgang gesondert zu bestimmen. Die bloße Nutzung des Kommunikationsportals „KliLu+“ oder die technische Erbringung von Dienstleistungen begründet für sich genommen weder eine gemeinsame Verantwortlichkeit noch eine eigene datenschutzrechtliche Verantwortlichkeit für die betreffende Verarbeitung.

b) Informationspflichten und Zusammenarbeit

Die gemeinsam Verantwortlichen unterstützen sich im Rahmen ihrer jeweiligen Zuständigkeiten gegenseitig bei der Erfüllung der gesetzlichen Informationspflichten nach Art. 13 und 14 DSGVO. Sie stellen einander die Informationen zur Verfügung, die erforderlich sind, um betroffene Personen transparent über die jeweiligen Verarbeitungsvorgänge zu informieren. Das Wesentliche der Vereinbarung über die gemeinsame Verantwortlichkeit wird den betroffenen Personen gemäß Art. 26 Abs. 2 DSGVO zur Verfügung gestellt.

c) Sicherheit der Verarbeitung

Die gemeinsam Verantwortlichen treffen im Rahmen ihrer jeweiligen Verantwortungsbereiche geeignete technische und organisatorische Maßnahmen gemäß Art. 32 DSGVO, um ein dem Risiko angemessenes Schutzniveau für die Verarbeitung personenbezogener Daten zu gewährleisten. Hierzu gehören insbesondere Maßnahmen zur Sicherstellung der Vertraulichkeit, Integrität und Verfügbarkeit der verarbeiteten Daten sowie zum Schutz vor unbefugtem Zugriff und unrechtmäßiger Verarbeitung. Die Zuständigkeiten für die Umsetzung, Aufrechterhaltung und Überprüfung dieser Maßnahmen richten sich nach der Vereinbarung über die gemeinsame Verantwortlichkeit sowie nach dem jeweiligen tatsächlichen Verantwortungs- und Einflussbereich der Beteiligten.

d) Löschung und Aufbewahrung

Die gemeinsam Verantwortlichen stellen im Rahmen ihrer jeweiligen Zuständigkeiten sicher, dass personenbezogene Daten gelöscht werden, sobald sie für die jeweiligen Verarbeitungszwecke nicht mehr erforderlich sind und keine gesetzlichen Aufbewahrungspflichten oder sonstigen rechtlichen

Ersteller: Özdemir, Y. (Datenschutz, Recht & Compliance), Version: 2.0, Datum: 08.10.2026

Gründe einer weiteren Speicherung entgegenstehen. Für Daten, die in patientenführenden Systemen der jeweiligen medizinischen Einrichtungen verarbeitet und gespeichert werden, ist die jeweils für diese Verarbeitung verantwortliche Stelle für die Einhaltung der einschlägigen gesetzlichen Lösch- und Aufbewahrungsvorgaben zuständig. Für Daten, die in den von der Klinikum der Stadt Ludwigshafen am Rhein gGmbH betriebenen oder in ihrem Verantwortungsbereich eingesetzten Systemen verarbeitet und gespeichert werden, erfolgt die Umsetzung der entsprechenden Lösch- und Aufbewahrungsvorgaben durch die Klinikum der Stadt Ludwigshafen am Rhein gGmbH, soweit sie hierfür datenschutzrechtlich verantwortlich ist.

e) Wahrnehmung der Betroffenenrechte

Betroffene Personen können ihre Rechte aus der DSGVO grundsätzlich gegenüber jedem der gemeinsam Verantwortlichen geltend machen. Die gemeinsam Verantwortlichen unterstützen sich im Rahmen ihrer jeweiligen Zuständigkeiten gegenseitig bei der Bearbeitung und Erfüllung entsprechender Anfragen und stimmen sich erforderlichenfalls ab, damit Anträge fristgerecht und vollständig bearbeitet werden. Unabhängig von der in der Vereinbarung festgelegten Zuständigkeitsverteilung können sich betroffene Personen mit ihren datenschutzrechtlichen Fragen und Anliegen jederzeit direkt an die Klinikum der Stadt Ludwigshafen am Rhein gGmbH wenden. Wir nehmen entsprechende Anfragen entgegen und stellen sicher, dass diese geprüft und, soweit erforderlich, an die jeweils zuständige Stelle weitergeleitet werden.

f) Weitere Bereiche der Zusammenarbeit

Die gemeinsam Verantwortlichen unterstützen sich im Rahmen der gemeinsamen Verarbeitung insbesondere bei:

- der Bewertung und Behandlung von Datenschutzverletzungen sowie der Erfüllung gegebenenfalls bestehender Melde- und Benachrichtigungspflichten;
- der Zusammenarbeit mit den zuständigen Datenschutzaufsichtsbehörden;
- der Erfüllung der jeweils einschlägigen Dokumentationspflichten, einschließlich der Führung von Verzeichnissen von Verarbeitungstätigkeiten, soweit diese in ihren jeweiligen Verantwortungsbereich fallen;
- der Abstimmung und Umsetzung von Löschungen unter Berücksichtigung bestehender gesetzlicher Aufbewahrungspflichten;
- der Einbindung und datenschutzrechtlichen Bewertung von Auftragsverarbeitern gemäß Art. 28 DSGVO;
- der Zusammenarbeit mit den jeweils zuständigen Datenschutzbeauftragten;
- der Verpflichtung der mit der Verarbeitung personenbezogener Daten betrauten Personen auf Vertraulichkeit und die Einhaltung der geltenden Datenschutzvorschriften.

Die Einzelheiten der jeweiligen Zuständigkeiten und der Zusammenarbeit ergeben sich aus der Vereinbarung über die gemeinsame Verantwortlichkeit gemäß Art. 26 DSGVO. Das Wesentliche dieser Vereinbarung wird den betroffenen Personen gemäß Art. 26 Abs. 2 DSGVO zur Verfügung gestellt.

Stand: 08.10.2026

Ersteller: Özdemir, Y. (Datenschutz, Recht & Compliance), Version: 2.0, Datum: 08.10.2026